

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Petra Biel
Ausschussmitglied Karlheinz Föhlinger
Ausschussmitglied Hermann Stolle

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied August Desenz
Ausschussvorsitzender Jörn Felbier
Stellv. Ausschussvorsitzender Philipp Panzer

Mitglied Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen/Westerman

Ausschussmitglied Gerold Tholen

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ausschussmitglied Erika Lach

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Susanne Bauermeister

von der Verwaltung

Gerd-Dieter Mönck
Ellen Wolbergs
Dagmar Müller
Sven Wilkens

Fachbereichsleitung Zentrale Dienste
Gleichstellungsbeauftragte
Protokollführerin
Stadtinspektoranwälter

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 20.09.2010
- 3 Vorlagen an den Rat
 - 3.1 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Werner Lau **301/2010**
 - 3.2 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Michael Feist **302/2010**
 - 3.3 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Malte Schröder **303/2010**
 - 3.4 Kommissarische Übertragung von Aufgaben – Horst Erbe **304/2010**
 - 3.5 Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis – Mario Drusell **305/2010**
 - 3.6 Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis – Malte Schröder **306/2010**
 - 3.7 Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis – Andreas David **307/2010**
 - 3.8 Aufhebung der kommissarischen Aufgabenübertragung – Horst Erbe **308/2010**
 - 3.9 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Olaf Preuschoff **309/2010**
 - 3.10 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Frank Grunert **312/2010**
- 4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss
 - 4.1 Ausnahmen vom Einstellungsstopp
Angelegenheiten von Beamten
 - 4.1.1 Einstellung und Zuweisung von Frau Julia van Offern **313/2010**
Angelegenheiten von Beschäftigten
 - 4.1.2 Befristete Einstellung einer Sozialarbeiterin / eines Sozialarbeiters **296/2010**
 - 4.1.3 Grundsatzentscheidung - Personalbedarf Jugendsozialdienst **314/2010**
 - 4.1.4 Grundsatzbeschluss zur befristeten Einstellung von Beschäftigten für das Job-Center **329/2010**
 - 4.2 Bestellung der Betriebsleitung TBW **330/2010**
- 5 Mitteilungen und Anfragen
 - 5.1 Produktbericht III. Quartal 2010 - Teilhaushalt 10
Personalkostenbericht

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende **Herr Felbier** eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 20.09.2010

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 20.09.2010 wurde bei einer Stimmenthaltung wegen Nichtteilnahme genehmigt.

3 Vorlagen an den Rat

Herr Felbier erläuterte kurz die Vorlagen 301 bis 312/2010.

3.1 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Werner Lau **301/2010**

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Der bisherige Stadtbrandmeister, Herr Werner Lau, geb. 14.03.1950, wird gem. § 13 Niedersächsisches Brandschutzgesetz erneut mit Wirkung vom 26.03.2011 bis zum 31.03.2012 zum Stadtbrandmeister im Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

3.2 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Michael Feist **302/2010**

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Der bisherige Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Heppens, Herr Michael Feist, wird gem. § 13 Niedersächsisches Brandschutzgesetz erneut zum nächstmöglichen Termin für die Dauer von 6 Jahren zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Heppens im Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

3.3 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Malte Schröder **303/2010**

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Der bisherige Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Neuengroden, Herr Malte Schröder, wird gem. § 13 Niedersächsisches Brandschutzgesetz mit Wirkung vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2016 zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Rüstringen im Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

3.4 Kommissarische Übertragung von Aufgaben – Horst Erbe **304/2010**

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Herrn Horst Erbe werden ab 01.01.2011 für die Dauer von zwei Jahren die Aufgaben des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Rüstringen kommissarisch übertragen.

3.5 Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis – Mario Drusell **305/2010**

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Der stellvertretende Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Neuengroden, Herr Mario Drusell, wird mit Ablauf des 31.12.2010 aus dem Ehrenbeamtenverhältnis zur Stadt Wilhelmshaven entlassen.

3.6 Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis – Malte Schröder **306/2010**

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Der Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Neuengroden, Herr Malte Schröder, wird mit Ablauf des 31.12.2010 aus dem Ehrenbeamtenverhältnis zur Stadt Wilhelmshaven entlassen.

3.7 Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis – Andreas David **307/2010**

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Der stellvertretende Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Nord, Herr Andreas David, wird mit Ablauf des 31.12.2010 aus dem Ehrenbeamtenverhältnis zur Stadt Wilhelmshaven entlassen.

3.8 Aufhebung der kommissarischen Aufgabenübertragung – Horst Erbe **308/2010**

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Die kommissarische Übertragung der Aufgaben des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Nord auf Herrn Horst Erbe wird mit Ablauf des 31.12.2010 aufgehoben.

3.9 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Olaf Preuschoff **309/2010**

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Der bisher kommissarisch mit den Aufgaben des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Bant Beauftragte, Herr Olaf Preuschoff, wird gem. § 13 Niedersächsisches Brandschutzgesetz mit Wirkung vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2016 zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Bant im Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

3.10 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Frank Grunert

312/2010

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Herr Frank Grunert wird gem. § 13 Niedersächsisches Brandschutzgesetz mit Wirkung vom 21.01.2011 bis zum 20.01.2017 zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Sengwarden im Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss4.1 Ausnahmen vom Einstellungsstopp4.1.1 Einstellung und Zuweisung von Frau Julia van Offern

313/2010

Herr Mönck erläuterte kurz die Vorlage und bestätigte auf Nachfrage von **Herrn Panzer**, dass Frau van Offern gebürtige Wilhelmshavenerin sei.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Die Beamtin des gehobenen Dienstes, Frau Julia van Offern, geb. 21.09.1979, wird auf ihren Antrag zum nächstmöglichen Zeitpunkt im Rahmen eines Versetzungsverfahrens in den Dienst der Stadt Wilhelmshaven übernommen. Gleichzeitig wird Frau van Offern im Wege der Zuweisung gem. § 123 a BRRG dem Job-Center zur weiteren Dienstleistung zur Verfügung gestellt.

4.1.2 Befristete Einstellung einer Sozialarbeiterin / eines Sozialarbeiters

296/2010

Herr Mönck erläuterte zur Vorlage, dass doch eine interne Bewerberin vorhanden sei. Ein Gespräch mit ihr konnte wegen der Kurzfristigkeit noch nicht geführt und damit die Eignung und Befähigung nicht geprüft werden. Die Verwaltung habe die Beschlussvorlage zügig eingebracht um keine Zeit zu verlieren, die Stelle extern auszuschreiben, falls es nicht gelänge, die Stelle intern zu besetzen.

Herr Föhlinger sowie auch **Herr Panzer** bekräftigten die Aussage, dass die Schulsozialarbeit eine „spezielle“ Tätigkeit wäre und dafür auch entsprechend ausgebildetes Personal benötigt würde.

Nach kurzer Diskussion der **Herren Föhlinger, Panzer, Felbier** und **Tholen** sowie **Frau Wolbergs** über Tätigkeit, Eignung und Qualifizierung der MitarbeiterInnen der Schulsozialarbeit bekräftigte **Herr Mönck** nochmals, dass der übliche Weg der sei, das Ergebnis der internen Ausschreibung abzuwarten. Bei Feststellung, dass kein/e geeignete/r interne/r BewerberIn gefunden werden könne, sei der externe Weg beschritten worden. Hier habe sich das Verfahren wegen der Dringlichkeit der Stellenbesetzung nur zeitlich überschritten.

Herr Felbier bat abschließend um Abstimmung der Vorlage.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Zum nächstmöglichen Zeitpunkt wird eine Sozialarbeiterin / ein Sozialarbeiter befristet für die Dauer von zwei Jahren nach Entgeltgruppe S 11 TVöD in Vollzeit für den Bereich Schulsozialarbeit des Jugendamtes eingestellt.

4.1.3 Grundsatzentscheidung - Personalbedarf Jugendsozialdienst

314/2010

Herr Mönck führte zur Vorlage aus, dass generell für den Allgemeinen Sozialdienst (Jugendsozialdienst) bereits seit geraumer Zeit die Frage nach der richtigen Personalausstattung gestellt werden würde. Es gäbe z.B. eine Studie der Integrierten Berichterstattung Niedersachsen (IBN), begleitet vom Land Niedersachsen, mit genau dieser Zielsetzung. Speziell für dieses große Aufgabenspektrum sollte das richtige Maß an Fällen herausgefiltert werden. Leider ist es auch hier bislang nicht zu einem Ergebnis gekommen.

Das Jugendamt habe in eigener Regie durch verschiedenste Auswertungen eine Fallzahl ermittelt, und habe mit 30 Fällen pro VollzeitsachbearbeiterIn eine angemessene Auslastungszahl beschrieben. Hierbei handele es sich nur um Fälle, in denen auch Leistungen bewilligt würden, reine Beratungsfälle zählen nicht mit.

Er berichtete vom „alten Personalpool“ und einzelnen zusätzlichen Beschlussvorlagen des PGL und VA. Man befände sich jetzt bei einer Personalausstattung von 18 SachbearbeiterInnen incl. der MA aus der Schulsozialarbeit. Dies würde auch der Fallzahl entsprechen. Akut zu regeln seien zurzeit nur die beiden in der Beschlussvorlage genannten Diplom-Sozialarbeiterinnen, deren auf 2 Jahre befristete Verträge demnächst ausliefen.

Herr Föhlinger äußerte Bedenken gegen diesen Grundsatzbeschluss. Anhand des Personalpools wäre bisher die Anzahl der MitarbeiterInnen übersichtlich und nachvollziehbar. Nun könne die Verwaltung bei 30 neuen Bearbeitungsfällen sofort eine/n neue/n Mitarbeiter/in suchen. Diesen Automatismus fände er merkwürdig. Zudem müsse bei steigender Fallzahl nicht unbedingt nur Personal eingestellt, sondern auch nach der Ursache des Anstiegs geforscht werden. Einen „Freibrief“ wolle er der Verwaltung nicht ausstellen.

Herr Mönck führte dazu jedoch aus, dass auch hinsichtlich der Prävention bereits einiges veranlasst wurde. Dazu gehört SUSI (Systemische Unterstützung Schulischer Integration) sowie auch die Schulsozialarbeit.

Auch **Frau Wolbergs** bestätigte, dass es noch nie so viele Präventionsmaßnahmen im Jugendbereich gegeben habe, seit dem Herr Feist dort Bereichsleiter sei. Sie sei der Meinung, dass sowohl Prävention als auch Stellenbesetzungen erforderlich seien.

Herr Panzer stellte die Verantwortung der Politiker heraus. Er könne sich zwar vorstellen, dass es die Verwaltung mit einem Grundsatzbeschluss einfacher hätte, Stellen nachzubetzen. Die Ratsmitglieder müssten allerdings im Rahmen der Haushaltsverhandlungen den Personalbedarf absegnen. Er sehe kein Problem, bei Bedarf zügig die Beantragung der Besetzung neuer Stellen weiterhin durch die Ausschüsse genehmigen zu lassen.

Herr Föhlinger bat darum, die Vorlage getrennt in zwei Teilen abzustimmen.

Herr Felbier fasste die Meinung nochmals zusammen und ließ die Vorlage zu 1. mit folgendem geänderten Inhalt abstimmen:

Beschluss: - mit 4 Ja - und 3 Gegenstimmen – mehrheitlich zugestimmt -

1. 30 Leistungsfälle pro VollzeitsachbearbeiterIn im Jugendsozialdienst werden als angemessene Auslastungszahl akzeptiert. Soweit auf dieser Basis weitere Einstellungen geplant sind, ist im Einzelfall die Zustimmung des PGL/VA erforderlich.

Ferner ließ **Herr Felbier** über die Vorlage zu 2. abstimmen:

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

2. Mit Wirkung vom 01.01.2011 werden die Dipl.-Sozialarbeiterinnen

- Miriam Petarus (39 Std./Woche, Entgeltgruppe S14)
- Vanessa Gellner-Wendt (30 Std./Woche, Entgeltgruppe S14)

unbefristet eingestellt.

4.1.4 Grundsatzbeschluss zur befristeten Einstellung von Beschäftigten für das Job-Center **329/2010**

Herr Mönck führte aus, dass zurzeit ca. 60 städtische MitarbeiterInnen im Job-Center eingesetzt werden und dieser Stamm gehalten werden solle. Ferner wies er darauf hin, dass die BA z.T. Probleme habe, entsprechend vakante Stellen nachzubeseetzen. Durch Nichtbesetzung einiger Stellen würden die Arbeitsbelastung der MitarbeiterInnen steigen sowie Unruhe und Unzufriedenheit gefördert.

In der Vergangenheit habe die Verwaltung bereits einige Male befristete Einstellungen für Stellen vorgenommen, die eigentlich der BA zuzuordnen waren. Durch den Grundsatzbeschluss werde die Verwaltung in die Lage versetzt, kurzfristig auf Vakanzen zu reagieren.

Herr Felbier könne der Vorlage folgen, wenn es gewährleistet sei, dass es immer um Befristungen sowie um volle Kostenerstattung ginge.

Herr Panzer berichtete über die Unzufriedenheit beider Seiten im Job-Center. Sowohl von den MitarbeiterInnen als auch vom Kundenstamm bekäme er negative Reaktionen. Vielleicht sei es allein nicht mit vollen Stellenbesetzungen getan, vielleicht müssten die Mitarbeiter auch fachgerechter eingearbeitet bzw. weiter qualifiziert werden. Eventuell müssten andere Arbeitsprozesse entwickelt werden, damit besser und effektiver gearbeitet werden kann.

Herr Mönck führte dazu aus, dass das Problem sehr vielschichtig sei. Für organisatorische Veränderungen sei ab 2011 die Trägerversammlung zuständig, in der Stadt und BA jeweils mit 4 Mitgliedern vertreten seien.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Die Verwaltung wird ermächtigt, bei Bedarf befristet Beschäftigte einzustellen, um sie gegen volle Kostenerstattung dem Job-Center zur Dienstleistung zuzuweisen.

4.2 Bestellung der Betriebsleitung TBW

330/2010

Herr Felbier verdeutlichte kurz die Vorlage.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Mit Wirkung vom 01.01.2011 werden

- Frau Heike Hanseemann
- Herr Holger Kullik
- Herr Tim Menke

gem. § 3 Abs. 1 der Betriebssatzung TBW zu gleichberechtigte BetriebsleiterInnen bestellt.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Produktbericht III. Quartal 2010 - Teilhaushalt 10
Personalkostenbericht

Herr Mönck berichtete über die als Anlage beigefügten Produktberichte des Fachbereichs Zentrale Dienste zum III. Quartal 2010. Unter Betrachtung der wirtschaftlichen Kennzahlen sei zu erkennen, dass das voraussichtliche Jahresergebnis in allen Bereichen die Finanzziele erreichen würde.

Andere Ziele allerdings würden z.T. nicht ganz erreicht werden können. Er verwies z. B. beim Produkt 11.11.02 auf die angestrebte Ausbildungsquote, die nicht erreicht werden könnte, da es in den letzten Jahren nicht gelungen sei, alle Ausbildungsplätze zu besetzen. Die Erfolgsquote jedoch, die die Ausbildung von der Einstellung bis zur Prüfung widerspiegelt, sei mit 95 % ebenfalls vollends erreicht.

Auch bei dem Produkt „Zentrale Personalentwicklung“ sehe er noch großen Handlungsbedarf. Es seien einige Personalentwicklungsmaßnahmen (wie z.B. Betriebliches Gesundheitsmanagement) von der Verwaltung angestrebt. Es konnte jedoch bislang mit dem Personalrat noch keine Verständigung erzielt werden.

Anhand einer PowerPoint Präsentation erläuterte **Herr Mönck** den Personalkostenbericht des III. Quartals 2010. Die Tendenzen des I. und II. Quartals 2010 zeigten bereits die Entwicklung von Einsparungen auf. Nach der Hochrechnung des III. Quartal 2010 bewege man sich bei ca. einer halben Million

eingesparter Personalkosten. Gründe hierfür seien u.a. verzögerte Besetzungsketten sowie nicht besetzte Stellen. Auch das VBL-Sanierungsgeld sei geringer ausgefallen. Unsicherheiten des genannten Abschlusses lägen weiterhin bei den nicht beeinflussbaren Beihilfekosten sowie im Bereich der Feuerwehr mit der „Wechselschichtzulage“ und den „Lüneburgstunden“. Insgesamt halte er den Abschluss aber für sehr erfreulich.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:35 Uhr

Jens Stoffers
Erster Stadtrat

Jörn Felbier
Ausschussvorsitzender

Dagmar Müller
Protokollführerin